

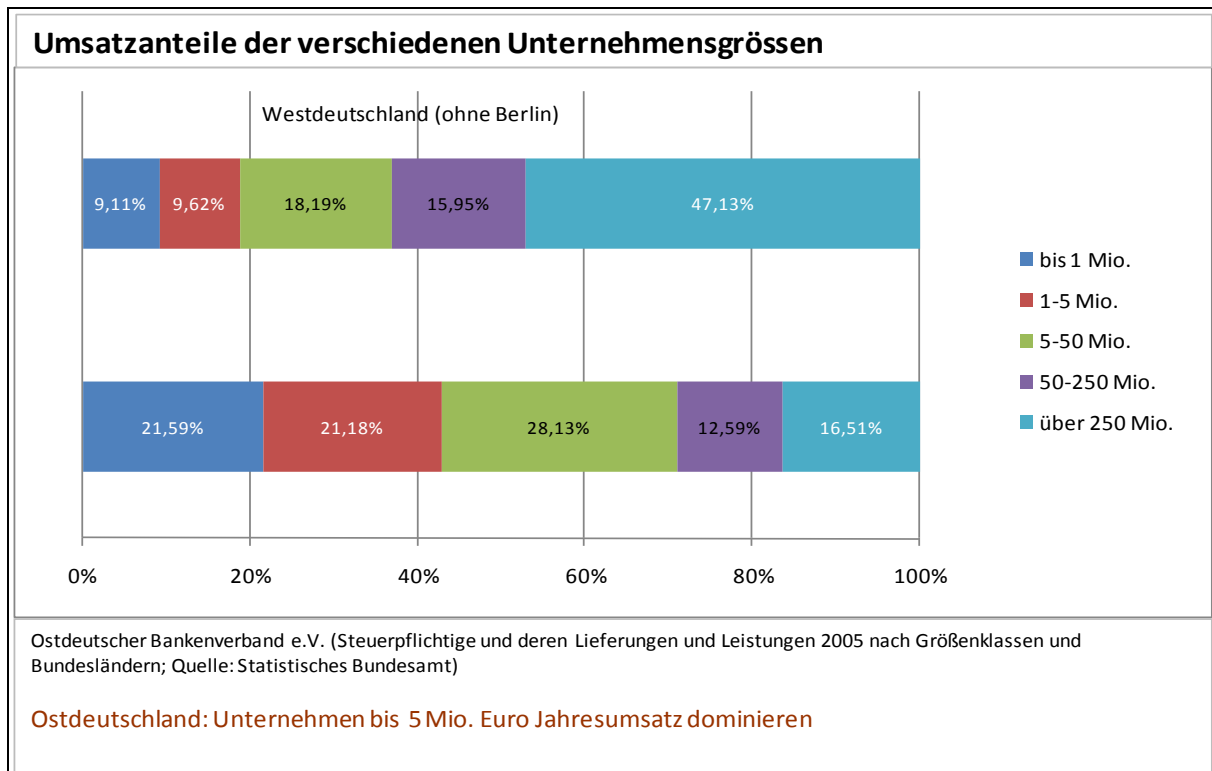
Fehlende Unternehmen und verhindertes Unternehmertum: das Entwicklungshemmnis in den Neuen Ländern

Ulrich Blum

Der Beitrag befaßt sich mit den Ursachen für die seit etwa zehn Jahren fehlende Konvergenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Diese Ursachen liegen bereits in Weichenstellungen, die vor dem 2. Weltkrieg erfolgten, in der Wirtschaftsstruktur, aber auch in konkreten wirtschaftspolitischen Entscheidungen der DDR und schließlich in einer betriebsorientierten und damit letztlich unternehmerfeindlichen Privatisierungsstrategie der Treuhand. Der Beitrag kommt zu dem Schluß, daß das Wiedererstarken des ostdeutschen, besonders des mitteldeutschen Wirtschaftsraums, nur im Rahmen eines neuen Technologiepfads gelingen kann. Hierfür gibt es derzeit bereits gute Voraussetzungen.

Ostdeutschland hat zwar mehr Unternehmen pro Einwohner als Westdeutschland, aber deren Größe ist gering. Man spricht gerne von einem kleinteiligen Unternehmensbesatz. Insbesondere große Unternehmen sind kaum vertreten, man kann auch weniger von Unternehmen sprechen als vielmehr von Betrieben bzw. von verlängerten Werkbänken. Abbildung 1 verdeutlicht die Strukturunterschiede.

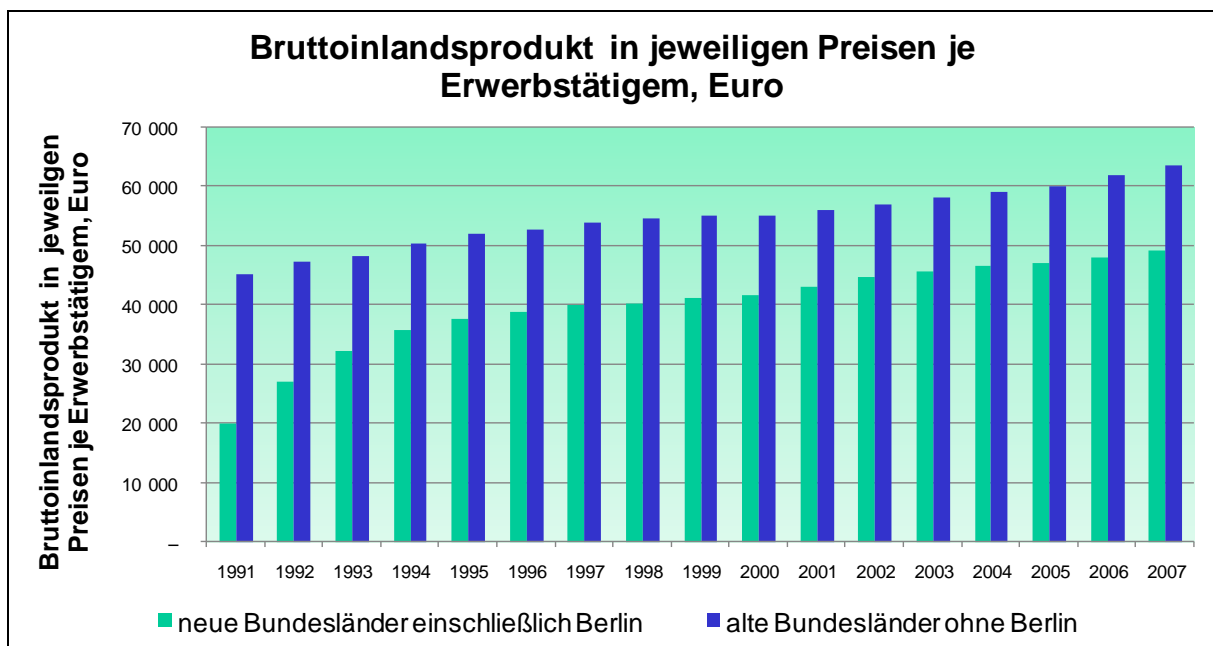
Abbildung 1:



Von den 100 größten Unternehmen Deutschlands hat keines seinen Sitz im Osten unseres Landes und damit auch keines der DAX-Unternehmen. Wenn rund 30% der Wirtschaftsleistung eines Unternehmens im Konzernsitz, also bei den zentralen Führungsfunktionen liegt, und diese zu mehr als 50% anteilig unterrepräsentiert sind, dann kann man nicht erwarten, daß die Wirtschaftsleistung pro Kopf auf mehr als 80% des Westens ansteigt. Das Fehlen eines gutverdienenden Führungspersonals hat auch konkrete Folgen für die urbane Struktur, weil qualitativ hochwertige Leistungsangebote fehlen, besonders im Einzelhandel. Das wiederum beschränkt in erheblichem Maße das Berufsspektrum im Dienstleistungsbereich. Insgesamt führt dies zu folgender Aussage:

These 1: Fehlende Unternehmenssitze und eine zu kleinteilige Wirtschaft haben ab 1997 die Konvergenz zwischen der west- und der ostdeutschen Wirtschaftsleistung behindert. Erst nach der „Reparatur“ dieses Defizits ist mit einer weiteren Angleichung zwischen Ost und West zu rechnen.

Abbildung 2:



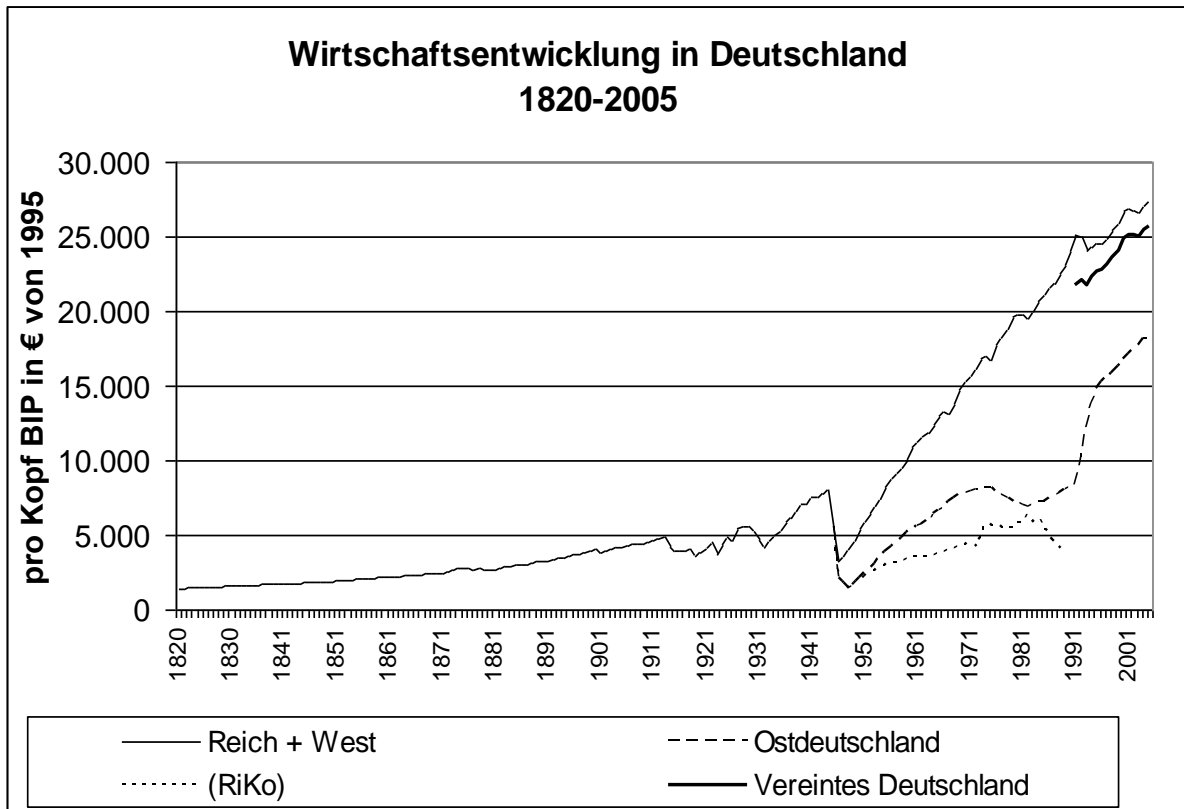
Ostdeutschland leidet seit den 30er Jahren unter dem Problem des ständigen Abflusses von Leistungseliten. Zunächst ist es das Zerstören des Judentums, das der Region in erheblichem Maße wirtschaftliche Kapazität entzieht. Nach dem 2. Weltkrieg verliert das Land zwischen 1948 und 1961 – je nach Rechnung wegen der Einbeziehung der Vertriebenen aus den verlorenen Ostgebieten – zwischen 2,5 und 4 Millionen Menschen, die überdurchschnittlich jung ($\frac{3}{4}$ jünger als 45, die Hälfte jünger als 25 Jahre) und überdurchschnittlich gut ausgebildet waren. Man kann überspitzt sagen, daß der wirtschaftliche Erfolg des Westens auch der Tatsache geschuldet war, daß er bei einer Bevölkerung von 62 Millionen Menschen die Elite von rund

80 Millionen Menschen besaß. Zwischen 1961 und 1989 mußte die DDR enorme Kraftanstrengungen unternehmen, um die weggegangenen Eliten wieder zu ergänzen. Insbesondere in den technischen Bereichen konnte ein hoher Kompetenzstand über alle Bildungs- und Ausbildungsstufen erreicht werden. Mit der deutschen Einheit und dem Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie erfolgte ein erheblicher Weggang in den Westen, vor allem in die süddeutschen Bundesländer. Dem Wegzug von rund 4,3 Millionen vor allem jüngerer Menschen stand der Zuzug von rund 2,6 Millionen Menschen gegenüber; dem Saldo von 1,7 Millionen Menschen entspricht einer Wirtschaftsleistung von weit über 60 Milliarden Euro – das ist in größten Teilen der durch den Faktor Arbeit getriebene Zuwachs an Wirtschaftskraft, der im Westen in den vergangenen Jahren zu verzeichnen war. Das führt zu folgender These:

These 2: Elitewanderungen beschreiben sehr genau die Verschiebungen in der wirtschaftlichen Leistungskraft. Erst wenn es wieder gelingt, den ostdeutschen Wirtschaftsraum für Kompetenzträger hochattraktiv zu machen, wird sich die Lage zum Besseren wenden.

Neben dem unstrittig ineffizienten System der Zentralverwaltungswirtschaft als Ursache eines schwächeren wirtschaftlichen Wachstums in Ostdeutschland nach dem Krieg muß vor allem die Enteignung des gewerblichen Mittelstands Mitte der 70er Jahre als Ursache für den letztendlichen Zusammenbruch der DDR identifiziert werden. Denn hier wurden in erheblichem Maße Konsumgüter und gewerbliche Produkte für den Export in den Westen erzeugt, die es ermöglichten, Devisen zu erwirtschaften. Die Produktivität dieses Bereiches lag ausweislich der offiziellen Statistik der DDR um etwa 40% höher als im Rest der Industrie. In der Tat lagen die Zuwachsraten in Zeiten einer weniger starken Kommandowirtschaft im Osten in den 50er Jahren nahe denen, die Westdeutschland realisieren konnte. Der wirkliche Einbruch fand in den 70er Jahren statt, mündete in eine Zahlungsbilanzkrise, die mit Hilfe des sogenannten Strauß-Kredits aufgefangen wurde, letztendlich aber strukturell irreparabel war und 1988/1989 zu einer erneuten Zahlungsbilanzkrise führte. Aus dem sogenannten Schürer-Bericht geht hervor, daß sich die Möglichkeiten für die DDR wie folgt gestalteten: entweder Verdreifachung bis Vervierfachung der Exporte (angesichts fehlender Produkte nicht möglich), Abwertung des Lebensstandards um 30% (als systemdestabilisierend eingeschätzt) oder Aufgabe des Wirtschaftssystems. Das führt zur dritten These:

These 3: Die Zerstörung des gewerblichen Mittelstands in den 70er Jahren kann heute als einer der wesentlichen Fehler der DDR-Führung angesehen werden, weil sie einerseits dem Staat die wirtschaftliche Basis entzog, andererseits den Rest des Unternehmertums zerstörte. Vor dem Hintergrund fehlender Unternehmererfahrungen nach der Wende erschwerte dies eine expansive Wirtschaftsentwicklung.

Abbildung 3:

Mit dem Rücktritt Honeckers und dem Einsetzen der Regierung Modrow wurden insbesondere durch Privatisierungsmaßnahmen erste wichtige Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur vorgenommen. Die Enteignungen von 1972 wurden teilweise rückgängig gemacht (sogenannte Modrow-Privatisierungen) und stellen aus heutiger Sicht eine der erfolgreichen Reprivatisierungen dar, weil sie die „Altschulden“, die willkürlich auf Unternehmen und öffentliche Einrichtungen verteilt waren, diesen nicht zuordnete. Mit dem Gründen der Treuhandanstalt wurde die gesamte Wirtschaft inventarisiert. Das betraf zunächst die über 160 zentralen Kombinate sowie die Kombinate der Bezirke. Der Wert des Volksvermögens wurde seitens der Regierung Modrow noch auf rund 1.000 Milliarden DM eingeschätzt, von Rohwedder ein halbes Jahr später noch auf 600 Mio. DM. Allerdings war die Wirtschaft schon aus damaliger Sicht durch folgende Probleme gekennzeichnet:

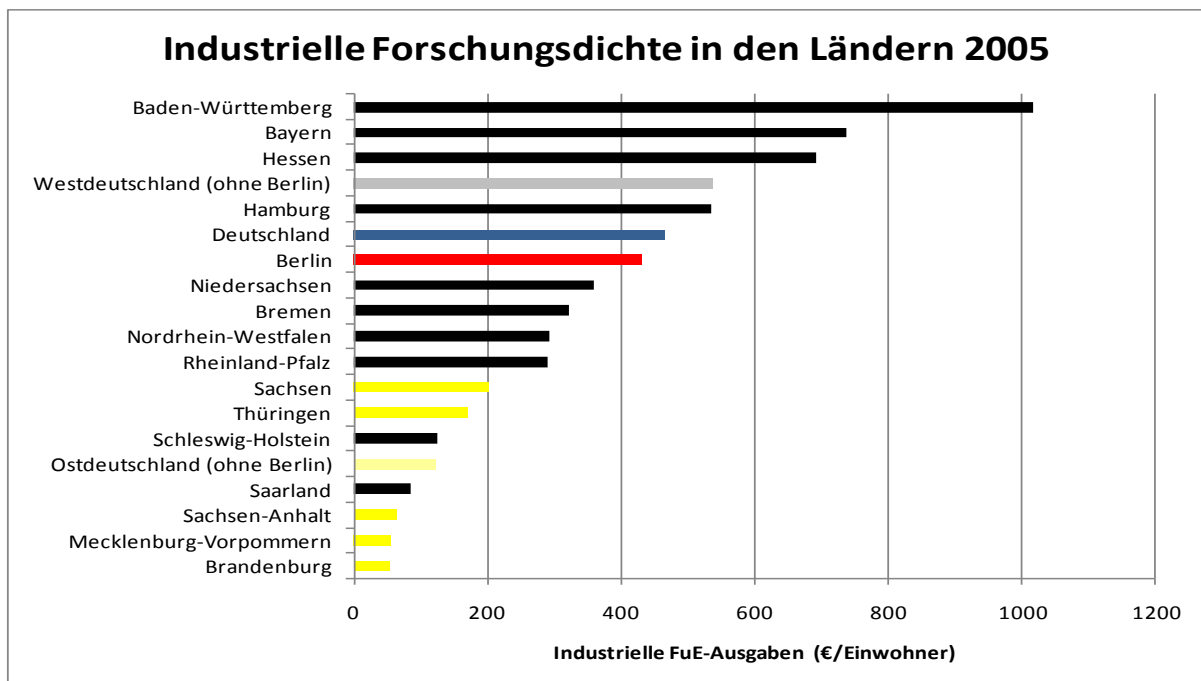
- einen weitgehend obsoleten Kapitalstock: So existierte beispielsweise in der Industrie ein Sektor, der als „manueller Maschinenbau“ zu bezeichnen ist, in dem rund 1 Millionen Menschen unter anderem damit beschäftigt waren, Ersatzteile, die eigentlich aus dem RGW-Lieferverbund zu liefern gewesen wären, in Einzelfertigung herzustellen.
- einer extrem hohen Fertigungstiefe: besonders in den technologisch hochwertigen Feldern führte dies dazu, daß Standardprodukte (chemische Granulate, Raffinerieproduk-

te) in schwierigen Zeiten nach der Wende auf dem Weltmarkt zu verkaufen waren, während die Computerproduktion bei Robotron zusammenbrach.

- einer Überindustrialisierung, der ein entsprechend entwickelter Dienstleistungsanteil fehlte: dies galt insbesondere für die unternehmensorientierte Dienstleistungen, so daß hier im marktwirtschaftlichen Umfeld erhebliche Defizite zu erwarten waren.
- Die bereits genannte weitgehend willkürliche Zuordnung von Kreditschulden: sie begründete sich aus der völlig anderen Finanzierung des Staatshaushalts und von Investitionen als in marktwirtschaftlichen Gesellschaften.

Alle diese Punkte wurden im Rahmen der Treuhandprivatisierung in ihrer dramatischen langfristigen Konsequenz kaum erkannt. Schließlich wurden Lieferverflechtungen bei der Einzelprivatisierung von rund 20 000 GmbHs unterbrochen und damit die Systemfähigkeit zerstört. Es wurden die Führungsfunktionen, besonders die Industrieforschung, weitgehend abgewickelt (nur zwei Länder leisteten erbitterten Widerstand – nämlich Sachsen und Thüringen, was sich heute erfolgreich niederschlägt). Altschulden wurden ohne jegliche Basis an Rechtfertigung den Betrieben zugeordnet. Damit wurde ein zusätzliches Entwicklungshemmnis geschaffen. Als Konsequenz daraus liegt heute ein erheblicher Teil des Vermögens Ostdeutschlands in gebietsfremden Händen. Das führt zur vierten These:

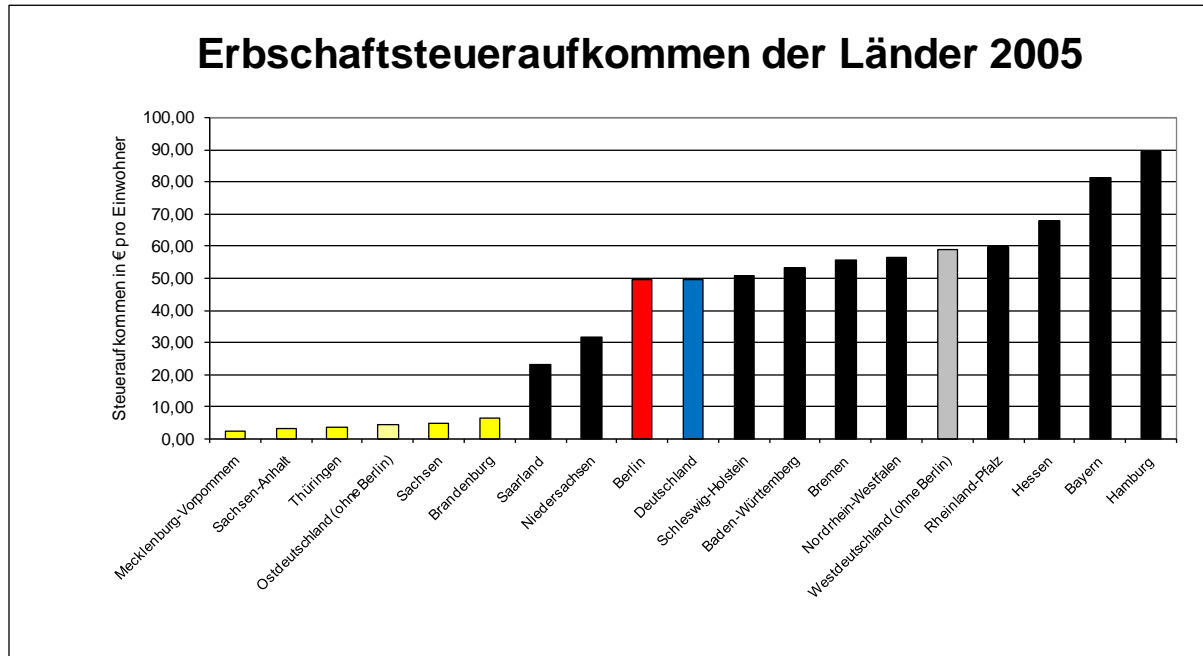
Abbildung 4:



These 4: Die Art der Privatisierung in Ostdeutschland war unternehmensfeindlich, zugleich wegen der Erschwerung der Rückkehr vertriebener Unternehmer auch unternehmerfeindlich. Auch die sehr willkürliche Zuordnung von Altschulden belastete Unternehmen über Gebühr.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird erst an zusätzlicher Dynamik gewinnen, wenn diese Defizite abgebaut worden sind, was in einigen Sektoren bereits heute zu sehen ist.

Abbildung 5:

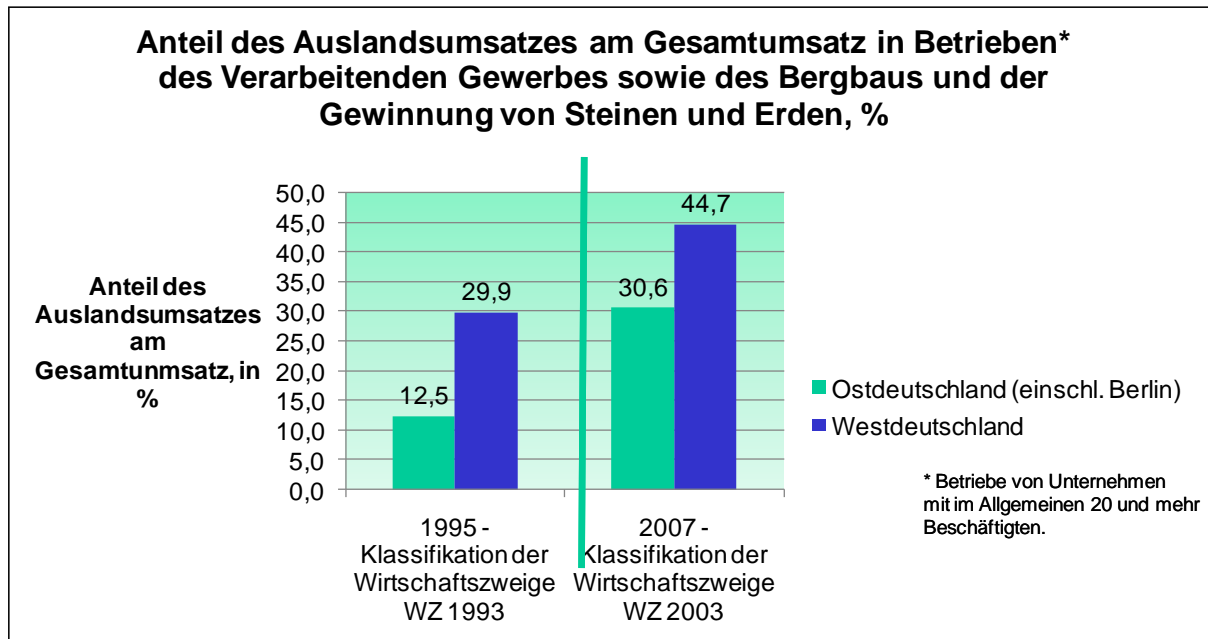


Nicht diskutiert werden soll hier die Frage, ob die Währungsunion zu falschen Paritäten erfolgte, weil in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet keine erhebliche Lohndifferenzierung möglich ist und sich damit die Frage stellt, ob die Angleichung über den Währungskurs, über Lohnniveaus oder eine Mischung derselben standfand. Schließlich mußte jedem Ökonomen klar sein, daß die besondere Kapazität der ostdeutschen Wirtschaft in ihrem Humankapital lag, weshalb die Humankapitalorientierung von zentraler Bedeutung war und überall dort, wo sie verwirklicht worden ist, zu beträchtlichen Erfolgen führte.

Mit der marktwirtschaftlichen Entwicklung ergaben sich dramatische Verschiebungen in den sektoralen Strukturen der Wirtschaft. Das betrifft nicht nur den Aufbau einer leistungsfähigen Dienstleistungswirtschaft, es reicht sogar bis zur Zusammensetzung des gewerblichen Sektors. Denn nach der Wende expandierte zunächst die Bauwirtschaft, um den immensen Nachholbedarf zu befriedigen. Der Beschäftigtenanteil in der Bauindustrie pro 100 Einwohner lag bis zu dreimal höher als die westdeutschen Referenzwerte. Mit dem weitgehenden Abschluß der großen Sanierungsmaßnahmen ab Mitte der 90er Jahre brach die Bauwirtschaft dramatisch ein und mußte durch die Expansion der gewerblichen Industrie aufgefangen werden, die bis zu zweistellig wuchs. Dem kam auch die verbesserte Anpassung Deutschlands an weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen zugute. Denn eigentlich war Deutschland mit der Einheit wirtschaftlich schwächer geworden, was einer Abwertung von rund 10% entsprochen hätte. Tatsächlich aber wertete Deutschland um rund 20% auf, weil es die Einheit über Schulden

finanzierte und damit ein Leistungsbilanzdefizit erzeugte, um Investitionskapital anzuziehen. Die Folge war, daß Deutschland zu teuer in den Euro ging und eine reale Abwertung besonders über die Preise von Immobilien, Mieten und Löhnen leisten mußte. Deren Erfolge lassen sich sehr gut an der Entwicklung von Exportquoten sehen, die laue Binnennachfrage ist teilweise ein Kollateralschaden.

Abbildung 6:



Erst mit dem Aufbau einer eigenständigen Systemkompetenz, d.h. der Fähigkeit, komplexe Nachfrageanforderungen, beispielsweise im Anlagenbau, aus Ostdeutschland heraus zumindest in erheblichem Maße zu befriedigen, statt einer starken Vorleistungsorientierung anzuhängen, wird der Osten Deutschlands an seine historischen Erfolge anknüpfen können. Entsprechende Felder sind besonders im Bereich bestimmter „*converging technologies*“ zu sehen, an vorderster Stelle in der Umwelttechnologie. Diese reicht von der Entwicklung und Herstellung von Solarpanelen bis hin zur grünen Gentechnik. Letztlich sind es sogenannte „*general purpose technologies*“, die die erfolgreichen Cluster treiben. Daraus folgt folgende abschließende These:

These 5: Das Wiedererstarken Ostdeutschlands erfolgt nur im Rahmen eines neuen Technologiezyklus, der aller Voraussicht nach bei den Umwelttechnologien anzusiedeln ist. Das entspricht historischen Erfahrungen, beispielsweise der amerikanischen Südstaaten nach dem Sezessionskrieg (Technologiezyklus der Leichtindustrie nach dem 1. Weltkrieg) oder dem Erstarken Süddeutschlands ab Mitte der 60er Jahre und dem Niedergang der nordwestdeutschen Schwerindustrie.